

In Karatschi gehen die Lichter aus

Pakistans Wirtschaftsmetropole zeigt das Versagen der neo-liberalen Wirtschaftspolitik des Landes

Nils Rosemann

Der aktuelle Entwicklungsbericht der Vereinten Nationen geht davon aus, dass 38 Prozent der pakistanischen Bevölkerung, das sind zirka 60,8 Millionen Menschen, unterhalb der Armutsgrenze leben. 65,6 Prozent oder knapp 105 Millionen Menschen müssen ihr Überleben mit weniger als zwei Dollar am Tag sichern. Nach Statistiken der pakistanischen Regierung leben 32,6 Prozent, das sind etwas mehr als 52 Millionen Einwohner Pakistans, von einem geringeren Einkommen als dem monatlichen Mindestlohn von 4.000 Pakistanische Rupien (zirka 52 Euro).

Nach Aussagen des *Social Watch Report 2006* sind seit der Machtergreifung von Präsident General Pervez Musharraf zusätzlich acht Millionen Menschen bzw. fünf Prozent der Bevölkerung unter die Armutsgrenze gefallen. Für den gleichen Zeitraum behauptet die Regierung Pakistans durchschnittliche Wachstumsraten von sieben Prozent. Für das im Juni beendete Haushaltsjahr 2005/06 wuchs das Bruttoinlandsprodukt um 6,6 Prozent, im Vorjahr sogar um über 9 Prozent. Die Inflationsrate für den gleichen Zeitraum wurde auf acht Prozent geschätzt. Makroökonomisch ausgerichteter Wachstum spiegelt sich in einer mikroökonomischen Verarmung wieder. Pakistans Schere zwischen Arm und Reich geht auf Grund Musharraf's und Premierminister Shaukat Aziz' neoliberaler Wirtschaftspolitik weiter auseinander. Zentrales Element der Wirtschaftspolitik sind globale Marktöffnung und Privatisierungen. Maßstab des Erfolges einer solchen Wirtschaftspolitik sind ausländische Direktinvestitionen (*foreign direct investment*), die im letzten Haushaltsjahr mit geschätzten 3,5 Milliarden Dollar den größten Mittelfluss in der Geschichte Pakistans darstellten.

Neben Investitionen im Telekommunikations- und Bankenbereich sowie in der chemischen und pharmazeutischen Industrie werden die Hauptinvestitionen in energierelevanten Sektoren wie Elektrizitätsherstellung, -management sowie Öl- und Gasförderung getätigt. Zentrales Element der Direktinvestitionen sind dabei nicht – wie man annehmen könnte – materielle und wachstumsorientierte Investitionen, sondern überwiegend buchhalterische Übernahmen von Staatsbetrieben. Weder Privatisierung, noch Investition haben dabei die Verbesserung der Dienstleistungsstruktur oder eine bessere Versorgung der Bevölkerung im Blick. Für die Regierung bedeutet der Verkauf von Staatsbetrieben die Auffrischung eines leeren Haushaltes und damit auch die Absicherung eines aufgeblähten Militärbudgets.

Von fünfzehn Privatisierungen im Energiesektor seit 1991 fallen 13 in die Amtszeit von General Pervez Musharraf. Damit flossen 54.549,3 Millionen Rupien (derzeit 727,32 Millionen Euro) in einen Haushalt, bei dem das Militär- und Sicherheitsbudget annähernd 40 Prozent ausmachen. Für den privaten Investor stehen nach der Zahlung des Kaufpreises dessen Rendite, und weniger weitere Investitionen in

die Infrastruktur im Mittelpunkt. Ein Beispiel dafür, dass Privatisierungen öffentlicher Dienstleister in einem korrupten Staat, ohne demokratische Kontrollmechanismen und ohne Regulierungsbehörde der Bereicherung der Beteiligten und weniger der Verbesserung der Dienstleistung dienen, zeigt die als Paradestück des letzten Haushaltsjahres bezeichnete Privatisierung des Energieversorgers Karatschis.

Privatisierungspolitik im Energiesektor

Die Rahmenbedingungen der Privatisierung sind Pakistans Energiekrise, ein marodes, überaltertes und überlastetes Energienetz und bürokratische, ineffiziente staatliche Energieversorger. Laut dem Zensus von 2003 sind zirka 78 Prozent der in etwa 39.000 festen Siedlungsbereiche (Mouza) an das Elektrizitätsnetz angeschlossen. Diese Statistik sagt wenig über die tatsächliche Versorgung von Haushalten aus. Ganz zu schweigen von den ständigen Unterbrechungen in der Versorgung. Verlässliche Zahlen existieren nicht, wie die Behauptung des Bundesministers für Wasser und Energie, Liaquat Ali Jatoi, vom August dieses Jahres, es seien für 9,2 Milliarden Rupien (derzeit 122 Millionen Euro)

ausgegeben worden, um 12.764 Siedlungen neu ans Stromnetz anzuschließen, zeigt. Diese Zahl liegt über der Anzahl der 2003 festgestellten 8.131 Siedlungen ohne Strom. Schätzungen gehen von über 50 Prozent der Haushalte ohne Elektrizität aus. Einen Rückschluss auf die tatsächliche elektrische Unterversorgung kann eine Statistik des Bildungsministeriums in Islamabad geben. Danach existieren in Pakistan 147.439 staatliche Schulen der Grund- und Mittelstufe sowie höheren Bildung, wovon knapp 68 Prozent ohne elektrische Versorgung sind. In privaten Haushalten wird es kaum besser aussehen.

Ungeachtet der unzuverlässigen Ausgangsdaten, gehen pakistanische Regierung und internationale Finanzinstitutionen von Zuwachsraten im Energieverbrauch von 12 bis 15 Prozent aus. Die Weltbank hat errechnet, dass Pakistan in den kommenden drei bis vier Jahren 5.000 Megawatt fehlen. Um diesen Bedarf zu decken, seien Investitionen in Höhe von 6 Milliarden Dollar notwendig. Wie der Kauf von 36 neuen und 26 gebrauchten F-16 Kampfflugzeugen im Wert von 5,1 Milliarden Dollar oder der Import von 22 Mercedes Benz Limousinen im Wert von 11 Millionen Euro für das Islamabad Establishment in einem Haushaltsjahr zeigen, wäre es durchaus möglich, diese Investitionen selbst zu tätigen.

Das Militärregime in Islamabad bevorzugt jedoch die Kreditaufnahme und die Weltbank bestätigte Pakistans Energiesektor eine grundsätzliche Kreditwürdigkeit unter der Bedingung, dass die Staatsbetriebe weniger zum Haushaltsdefizit beitragen. Mit anderen Worten, die Weltbank forderte eine Einstellung der Subventionen gegenüber Staatsbetrieben, wodurch die Betriebe gezwungen werden sollten, nach dem Prinzip der „full cost recovery“, das heißt der Kosteneffizienz, zu arbeiten. Höhere Endkonsumentenpreise sollten die Betriebe in die schwarzen Zahlen bringen – so die Annahme. Für die

pakistanische Regierung ist die Anhebung der Endverbraucherpreise ein heikles Thema. Wenn auch der Service schlecht ist, so bedeuten niedrige Preise für Wasser, Energie, Gas und Treibstoff auch tagespolitische Zustimmung für ein Militärregime, dem die demokratische Legitimation fehlt. Im laufenden Haushaltsjahr subventioniert die Regierung die Endverbraucherpreise für Strom mit 22,5 Milliarden Rupien (derzeit 292 Millionen Euro). In den letzten fünf Jahren wurden 60 Milliarden Rupien (zirka 800 Millionen Euro) an den öffentlichen Stromproduzenten und Versorger WAPDA überwiesen.

Wenn sich die Verluste in einem Staatsbetrieb nicht durch den Abbau von Bürokratie sowie Steigerung der Effizienz senken lassen und die politische Opportunität eine Kompensation durch höhere Endverbraucherpreise nicht zulässt, hält die Weltbank die Privatisierung für das Allheilmittel. In ihrer „Country Assistance Strategy“, eine Art Masterplan für Kooperation, Projekte und Kredite, erklärt die Weltbank deshalb, dass im Energie- und Wassersektor die Kosten durch Privatisierung gesenkt werden sollten.

Vorbereitet und beraten durch die Weltbank haben so für 20,24 Milliarden Rupien (seinerzeit waren das 278 Millionen Euro) im Oktober 2005 73 Prozent der *Karachi Electric Service Corporation (KESC)* den Eigentümer gewechselt. Karatschis Einwohnerzahl wird auf 15 Millionen geschätzt. Unter diesen Bedingungen war diese Transaktion wohl der Verkauf des weltweit größten städtischen Energieversorgers. Eine Multimillionenmetropole mit Strom zu versorgen war eine Herausforderung, der sich der durch die Weltbank beratene pakistanische Staat nicht mehr gewachsen sah. Anders der neue Käufer, das saudi-arabische Investitionskonsortium von *Hassan Associates, Al-Jomaih Holding Co.* und *Premier Mercantile Services*. Mit ihrem Sitz auf dem Steuerparadies Kaiman Inseln konnten die Investoren weniger Erfahrungen in der Energie-

versorgung, wohl aber in der Renditesteigerung sammeln. Neben dem Verkaufspreis sind 400 Millionen Dollar (derzeit 311 Millionen Euro) als Investitionen in den nächsten drei Jahren zugesagt, von denen jedoch im ersten Halbjahr kein Cent in die Verbesserung der Infrastruktur investiert wurde.

Von Thüringen nach Karatschi

Da *Al-Jumaih & Hassan Associates* kein Energieversorger, sondern ein Investor ist, bestellte die Investmentgesellschaft einen internationalen Experten, den deutschen Diplom Ingenieur Frank Scherschmidt, zum Geschäftsführer der privatisierten KESC. Dieser hatte der bei der BEWAG in Berlin und zuletzt bei den Stadtwerken in Weimar seine Erfahrungen gesammelt. Dass Pakistan nicht das gemütliche Thüringen, geschweige denn Karatschi mit der Klassikerstadt Weimar zu vergleichen ist, lernte Scherschmidt diesen Sommer. Die Temperaturen stiegen wie üblich auf über 40°C, die Karatschitis schalteten wie üblich ihre Air-Conditioner an, und damit – eher unüblich – gingen in der ganzen Stadt die Lichter aus und ihre Einwohner auf die Barrikaden.

Gleichsam wie bei einer durchgebrannten Sicherung verschwand Pakistans Wirtschaftsmetropole im Dunkeln. Stromunterbrechungen gehören in Pakistan zur Gewohnheit. Sei es der Bürgerkrieg in gasreichen Provinz Belutschistan, der die Gasversorgung der Strombetriebe unterbricht, oder der die Produktion übersteigende Verbrauch; je nach Bedeutung der Stadt fällt der Strom für Stunden oder Tage aus. Das neue Management der privatisierten KESC behalf sich mit Kundentelefonen und einer Dienstleistungskampagne. Die Intention kehrte sich jedoch ins Gegenteil um. Entweder waren die Telefone besetzt, oder wenn man durch kam, wurden Beschwerden zwar aufgenommen, nicht jedoch abgearbeitet. Der Grund war, dass *Al-Jumaih & Hassan Associates* beim Kauf nicht um ihre Erfahrungslosigkeit im

Energiesektor verlegen waren und den Betrieb des Stromnetzes ausgliederte und an Siemens Pakistan, einer 64-prozentigen Tochter des deutschen Stammhauses, übergab. Lagen bei staatlichen Betreiber KESC noch Betreuung und Investitionen in das Stromnetzes sowie Lieferung und Abrechnung in einer Gesellschaft, teilte der privatisierte Stromversorger Gewinne und Investitionen auf. Die Hitze im Juni und Juli erhitzte auch die Gemüter: Demonstrationen, Straßenschlachten und ein Toter bei Randalen waren die Folge. Der privatisierte Dienstleister konnte fortan nun noch unter Polizei- und Armeeschutz arbeiten.

Der Monsun im August tat dann ein Übriges. Die Wassermassen ließen jahrzehntealte Transistoren bersten, Hochspannungskabel rissen ob der Temperaturschwankungen und so spülte der Regen die letzten Hoffnungen auf Besserung weg. Nachdem aufgrund von geborstenen Leitungen mehr als 20 Personen, überwiegend Kinder die im Regen spielten, ums Leben kamen, stürmte im August ein aufgebracht Mob die Büros des Stromversorgers. Klagen wurden eingereicht, die das Management für den Tod der Menschen und für die wirtschaftlichen Verluste verantwortlich machen. Gleichzeitig bildet sich eine Front aus Nichtregierungsorganisati-

onen, Oppositionsparteien und Konsumentenverbänden, die die Privatisierung als Ganzes in Frage stellen. Statt Erfrischung und Abkühlung hat der Monsunregen die Grenzen des pakistanischen Wirtschaftswachstums zu Tage. Das Management von KESC wartet auf ruhigere und kühlere Tage. Im Winter wird mit Gas geheizt, dafür sei man nicht zuständig. Kommenden Sommer sei alles anders, so die Hoffnungen, nachdem sich sogar General Musharraf einschaltete und die Versorgung mit mehr Strom versprach. Man wird es sehen, oder wenn die Lichter wieder ausgehen, auch nicht.

„Homegrown Terrorism“

Zum Hintergrund der Radikalisierung unter jungen britischen Muslimen südasiatischer Herkunft

Martin Riexinger

Die Hinwendung junger Muslime in Großbritannien zum Terrorismus ist nicht allein der Außenpolitik der Regierung Blair zuzuschreiben. Eine beträchtliche Minderheit der britischen Muslime war bereits vor dem Irak-Krieg radikalisiert. Begünstigt wurde dies auch durch eine Politik, die in fragwürdiger Weise die ethnische Fragmentierung der Gesellschaft begünstigte.

„Die Politik des Premierministers gefährdet das britische Leben“ überschrieben islamische Organisationen in Großbritannien einen Brief, den sie in Reaktion auf das vereitelte Attentat auf Transatlantikflüge an Tony Blair richteten. Brisant für die Regierung war, dass dieses Dokument drei der vier muslimischen Labour-Abgeordneten und drei der vier von Blair ernannten muslimischen Lords unterzeichnet hatten. Empört wies die Regierung die Erklärung zurück. Mit gewissem Recht, denn ein entscheidender Punkt wird in dieser Erklärung unter den Teppich gekehrt.

Dass Großbritannien für radikale Islamisten zum Ziel wurde, weil die Regierung die Politik der Bush-Administration unterstützte, steht außer Frage. Die Behauptung aber, erst dadurch seien britische Muslime radikalisiert worden, ist hingegen unhaltbar. Auf die Parteinahme für die amerikanische Politik ist zurückzuführen, dass radikale britische Muslime sich nun zu Terrorakten gegen die eigene Regierung und Gesellschaft bereit fanden, die sie bis dahin eher still verachtet hatten. Doch Gewalt gegen „Ungläubige“ erachtete schon lange vor dem Irakkrieg eine beachtliche Minderheit vor allem junger

Muslime im Vereinigten Königreich als legitim.

Welche Einstellung manche Muslime bereits vor dem Irakkrieg hatten, führt der Bericht eines nicht-muslimischen Computertechnikers deutlich vor Augen, den der *Guardian* publizierte.¹ Der in einem Computergeschäft in Leeds tätige Martin Gilbertson nahm am 11. September mit Erstaunen wahr, dass junge muslimische Kunden die Bilder von den Attentaten bejubelten. Etwas später wurde er dazu bewogen, im *Hamara Youth Access Point* jungen Muslimen pakistanischer Herkunft Webdesign beizu-